

Fokus

Volkswirtschaft

Nr. 22, 17. Mai 2013

Wege aus der Rezession: Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland, Frankreich und Italien steigern

Autoren:

Dr. Jörg Zeuner, Tel.: 069 7431-2931

Barbara Richter, Tel.: 069 7431-8221, research@kfw.de

Die Rezession in Europa hat drei Ursachen: die Notwendigkeit zu Strukturreformen im Zeitraffer und die damit verbundene Unsicherheit, die mangelnde Kreditversorgung der Privatwirtschaft sowie die Sparpolitik der vergangenen Jahre. Dementsprechend müssen die Ansätze zur Überwindung der Rezession vielseitig sein. Dieser Beitrag konzentriert sich auf die ökonomisch sinnvollen Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und nennt einige Prioritäten für Deutschland, Frankreich und Italien. Die Umsetzbarkeit entscheidet sich im politischen Willensbildungsprozess der untersuchten Länder und Europas.

Deutschland, Frankreich und Italien unterscheiden sich im Hinblick auf ihre aktuelle und künftige Wettbewerbsfähigkeit deutlich. Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung der künftigen Wirtschaftskraft sind ebenfalls sehr verschieden: (i) Deutschland kann über Investitionen seine Binnennachfrage stärken, das Beschäftigungspotenzial erhalten und seine Infrastruktur modernisieren. (ii) Frankreich kann die Arbeitsmärkte flexibilisieren, die Sozial- und Lohnpolitik ändern und mittelfristig die Staatsquote senken. (iii) Italien kann die Effizienz seiner öffentlichen Verwaltung steigern, um seinen Kapitalstock wieder produktiv einsetzen zu können.

Die drei Gesichter der Eurokrise

Die Liquiditätsprobleme einiger Mitgliedsländer der Eurozone sind dank der

Europäischen Zentralbank seit dem Herbst 2012 überwunden. Dass Europa dennoch in der Rezession bleibt, hat vor allem drei Gründe:

(1) Die mangelnde strukturelle Flexibilität vieler Volkswirtschaften verhindert eine rasche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Der zeitintensive Umbau der Volkswirtschaften erschwert den Weg von binnenwirtschaftlich getriebenem Wachstum (Konsum und Wohnungsbau) hin zu mehr ausländischen Direktinvestitionen und Exportwachstum.

(2) Die Kreditversorgung der Wirtschaft wird immer noch durch zu bereinigende Altlasten in den Bankbilanzen behindert. Zusätzlich beschäftigt die Banken die notwendige Straffung regulatorischer Anforderungen. Kreditstandards werden erhöht, um neue Risiken so gering wie möglich zu halten, daher werden neue

Kredite nicht in ausreichendem Umfang an die Privatwirtschaft vergeben.

(3) Die Nachfrage ist zu schwach. Die Euroländer wollen mit einer strikten Sparpolitik ambitionierte Schuldenziele erreichen. Weder das Ausland, noch die Unternehmen oder die privaten Haushalte können aber die entstehende Nachfragerücke derzeit füllen. Also fallen die Einkommen sowohl aus Löhnen als auch aus Zinsen und Unternehmensgewinnen, was die Nachfrage zusätzlich schwächt. So entsteht eine Abwärtsspirale, die bis heute nicht gestoppt ist.

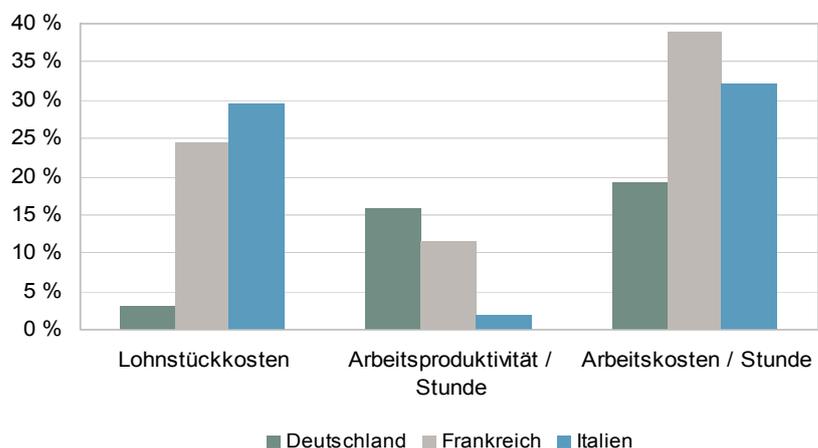
Diese drei Ursachen der europäischen Rezession müssen gleichzeitig, aber mit unterschiedlichen Maßnahmen und verschiedenen Zeithorizonten bekämpft werden. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit den wichtigsten, ökonomisch sinnvollen Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den drei größten europäischen Volkswirtschaften.

Was ist Wettbewerbsfähigkeit?

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes umfasst das aktuelle Produktivitätsniveau und die Möglichkeiten, diese Produktivität in Zukunft zu steigern.¹ Um die verschiedenen Aspekte der aktuellen

Graphik 1: Lohnstückkosten, Arbeitsproduktivität und Kosten je Arbeitsstunde

(Änderung von 2000 bis 2011, in Prozent)



Quelle: OECD

und künftigen Wettbewerbsfähigkeit umfassend bewerten zu können, müssen unterschiedliche Indikatoren zurate gezogen werden.

Die Klassiker: Leistungsbilanz und Lohnstückkosten

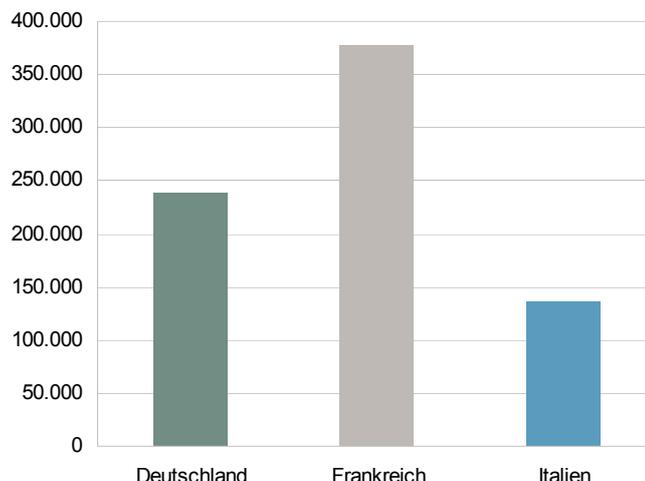
Die klassischen Maße zum Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit von Staaten sind die Leistungsbilanz und die Entwicklung der Lohnstückkosten; ein Maß für das Verhältnis von Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität.

Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss (7 % des BIP im Jahr 2012) stehen Defizite in Frankreich (2 % des BIP) und Italien (1 % des BIP) gegenüber. Der deutsche Überschuss wird getrieben von einer hohen Warenexportquote (41,5 % des BIP im Jahr 2012). Diese Quote und der stabile Weltmarktanteil deutscher Exporte zeigen, dass deutsche Produkte international wettbewerbsfähig sind. Gleichzeitig bedeutet der hohe Leistungsbilanzüberschuss jedoch auch, dass die Inlandsnachfrage schwach ist und sehr viel Kapital ins Ausland fließt, das damit nicht mehr für Investitionen in den heimischen Kapitalstock zur Verfügung steht. Diese Vernachlässigung wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Zukunft schwächen. Die Leistungsbilanzdefizite Frankreichs und Italiens sind dagegen vor allem Ausdruck der derzeit schwachen Konjunktur, und kein Grund zu akuter Besorgnis.

Frankreich und Italien haben durch einen Anstieg der Arbeitskosten, der weit über den Anstieg der Arbeitsproduktivität hinausgeht, an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren. Solange die Inlandsnachfrage das Wachstum getragen hat, war dies kein großes Problem. Die steigende Arbeitslosigkeit und die hohe Planungsunsicherheit für die Unternehmen deckt diese Schwäche aber nun auf.

Deutschland ist im Vergleich dazu durch einen hohen Anstieg der Arbeitsproduktivität bei nahezu gleich bleibenden Lohnstückkosten in den letzten Jahren international wettbewerbsfähiger geworden. Zwischen 2000 und 2011 stieg die Arbeitsproduktivität, also die Effizienz der eingesetzten Arbeit, in Deutschland

Grafik 2: Ausländische Direktinvestitionen 2004–2012 (in Mio. EUR)



Quelle: Ameco

um 16 %, in Frankreich um 12 % und in Italien lediglich um 2 % (siehe Grafik 1). Gleichzeitig stiegen die Arbeitskosten pro Stunde in Deutschland um 19 %, in Italien um 32 % und in Frankreich um 39 %. Daraus ergibt sich für die Lohnstückkosten in Italien ein Anstieg um 30 %, in Frankreich um 24 % und in Deutschland nur um 6 %.

Die Qualität der Institutionen

Der Doing Business Report der Weltbank vergleicht unter anderem die Hürden, die ein Unternehmer bei der Gründung und Führung seines Betriebs in 185 Ländern überwinden muss. Die Unternehmensgründung geht in allen drei Staaten etwa gleich schnell (D: 9 Tage, F: 7 Tage, I: 6 Tage). Möchte man für dieses Unternehmen aber einen Stromanschluss haben, ist die Wartezeit in Deutschland mit durchschnittlich 17 Tagen am kürzesten. In Frankreich dauert es schon 79 Tage, in Italien sogar 155 Tage. Muss ein Unternehmer auf Einhaltung eines Vertrags klagen, sollte er noch deutlich mehr Zeit einplanen. In Deutschland dauert das juristische Verfahren im Schnitt etwas über ein Jahr (394 Tage), ebenso in Frankreich (390 Tage). Fast drei Jahre (1.210 Tage) benötigt man dafür in Italien. Die geplante Justizreform ist also ein wichtiger Schritt nach vorne.

Gute Institutionen und effizient arbeitende Behörden verringern die Kosten der Unternehmensgründung und -führung. Die Standortattraktivität steigt. Das

World Economic Forum misst die Qualität des Wirtschaftsstandorts in 144 Staaten.² Im Teilbereich Institutionenqualität belegt Deutschland Platz 16, vor Frankreich (Platz 32) und Italien (Rang 97). Die Italiener liegen damit noch hinter Staaten wie China und Äthiopien.

Deutschland erreicht diese Platzierung trotz einer vergleichsweise geringen Staatsquote (45 % des BIP im Jahr 2011, verglichen mit 50 % des BIP in Italien und 56 % des BIP in Frankreich). Der deutsche Staat arbeitet demnach unter diesen drei Staaten am effizientesten.³

Die Attraktivität für ausländische Direktinvestoren

Eine ausländische Direktinvestition ist eine langfristige Entscheidung. Sie ist in der Regel das Ergebnis einer sorgfältigen Prüfung des institutionellen und strukturellen Umfelds am neuen oder erweiterten Standort und somit ein Vertrauensvotum für eine Volkswirtschaft. In den letzten acht Jahren entscheidet Frankreich den Vergleich mit Italien und Deutschland für sich (Grafik 2). Die Herkunft der Investoren unterscheidet sich dabei zwischen den drei Staaten nicht stark: der Großteil kommt aus der EU 27 (zwischen 60 und 72 %), gefolgt von den USA (7,5–12 %), der Schweiz (6–7,5 %) und Japan (1,7–3,3 %).

Gemäß Umfragen unter ausländischen Investoren gibt es für die französische Pole Position vor allem vier Gründe: die hohe Lebensqualität; die geografische

Lage; die Qualität der Infrastruktur; sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE), unter anderem durch eine FuE-Steuererleichterung. Hier ist Raum für Reformen in Deutschland und Italien.

Der Arbeitsmarkt

Ein Vergleich der Arbeitsmarktdaten lässt weitere Reformbereiche erkennen. Zunächst fällt auf, dass die Erwerbsquote Frankreichs und Italiens deutlich hinter derjenigen in Deutschland zurückbleibt (Tabelle 1). Dagegen ist die Teilzeitquote in Deutschland deutlich höher, wobei die Quote für Frauen höher ist als für Männer und mit der Anzahl der Kinder steigt.⁴ Dies legt den Schluss nahe, dass zumindest ein Teil der Teilzeitarbeit fehlender Kinderbetreuung geschuldet ist und damit unfreiwillig geschieht. Wachstumspotenziale aus mehr Beschäftigung liegen somit in allen drei Ländern brach. Ein Blick auf die tatsächlichen Jahresarbeitszeiten zeigt, dass in Italien und Frankreich eher die Anzahl der Erwerbstätigen steigen müsste, in Deutschland dagegen die Arbeitszeit der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Lebensarbeitszeit, gemessen am effektiven Renteneintrittsalter, ist in allen drei Ländern ähnlich.

Junge Menschen müssen besser in die Arbeitswelt integriert werden. In Frankreich und Italien behindern dies vor allem die schwache Konjunktur und strikte Regelungen zum Kündigungsschutz.

Investitionen in die Zukunft: Infrastruktur, Innovationen und Bildung

Zur langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sind drei Aspekte von besonderer Bedeutung: die Qualität der Infrastruktur, die Innovationsfähigkeit der privaten Wirtschaft und die Ausbildung der Arbeitskräfte.

Infrastruktur: Die Investitionen in Transportinfrastruktur⁵ betragen im Jahr 2008 pro Einwohner 229 EUR in Deutschland, 299 EUR in Frankreich und 357 EUR in Italien. Deutschland hinkt bei diesen Investitionen seit Jahren hinter den anderen her (Grafik 3). Für die Standortattraktivität und die Produktivität der deutschen Wirtschaft kann dies zu einem Problem werden.⁶ In Italien tragen Investitionen dagegen kaum zu einer höheren Arbeitsproduktivität bei. Deswe-

Tabelle 1: Kennzahlen zu Arbeitsmarkt und langfristiger Wettbewerbsfähigkeit

	Deutschland	Italien	Frankreich
Arbeitsmarkt			
Erwerbslosenquote (Dezember 2012)	5,3	11,3	10,5
Erwerbsquote (2010) in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung	71,2	56,9	64,0
Gewöhnliche Arbeitsstunden pro Woche (2010)	40,0	39,7	39,3
Tatsächliche Jahresarbeitszeit (2010)	1.419	1.778	1.554
Effektives Renteneintrittsalter (2004–09)	61,8	61,1	59,1
PISA-Ergebnisse 2009 (in Punkten)			
Lesen	497	486	496
Mathematik	513	487	497
Naturwissenschaften	520	489	498
Innovationen			
Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP (2011)	2,84	1,25	2,25
Triade-Patentanmeldungen je Mio. Einwohner (2010)	68,63	11,99	39,19

Quelle: OECD, Eurostat

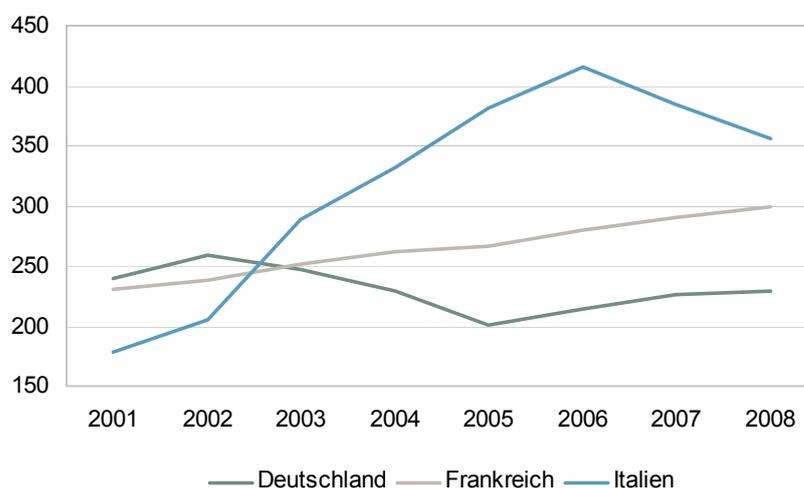
gen – und weil in der Vergangenheit bereits hohe Investitionen getätigt wurden – dürfte ein Infrastrukturinvestitionsprogramm in Italien wenig Erfolg versprechend sein.

Bildung: Zwei Aspekte der Ausbildung von Arbeitskräften sind besonders relevant: zum einen die Ausbildung grundlegender Fähigkeiten wie Lesen, Rechnen und Grundwissen der Naturwissenschaften, die für die meisten Tätigkeiten in einer technologisch fortgeschrittenen Volkswirtschaft nötig sind; zum anderen ein breiter Pool an Hochqualifizierten (mit universitärer Ausbildung), die künftig die Innovationsfähigkeit eines Landes entscheidend mitbestimmen.

Die Kompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften bei Fünfzehnjährigen, also den zukünftigen Arbeitskräften, werden durch die PISA-Studien der OECD gemessen. Auch hier zeigt sich, dass alle drei Staaten sich gegenüber den Spitzenreitern (Finnland, Südkorea) noch verbessern können. Deutsche Schüler haben aber gegenüber französischen und italienischen vor allem in Mathematik und den Naturwissenschaften etwa ein Schuljahr Vorsprung⁷ (siehe Tabelle 1).

Auch bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25–64 Jahre) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss hat vor allem Italien noch deutliches Verbesserungspotenzial. Der Anteil betrug dort im

Grafik 3: Investitionen in die Infrastruktur je Einwohner in EUR



Quelle: OECD, Eurostat

Jahr 2010 gerade einmal 14,8 %, verglichen mit 26,9 % in Deutschland und 29 % in Frankreich. Dabei liegt selbst der Anteil dieser Staaten unter dem OECD Durchschnitt von 30,3 %.⁸

Eine gute Ausbildung ist besonders dann wichtig, wenn aufgrund der demografischen Entwicklung die zukünftig verfügbaren Arbeitskräfte weniger werden. In Deutschland und Italien ist dies mit Geburtenraten von 1,36 bzw. 1,40 Kindern pro Frau ein größeres Problem als in Frankreich (2,01 Kinder pro Frau).

Innovationen: Talent- und Ideensuche sowie Forschung und Entwicklung (FuE) sind wichtige Voraussetzungen für Innovationen. Deutsche Mittelständler verdoppeln nahezu ihre Produktivität, wenn sie Ideen aus dem Ausland und Personal mit Auslandserfahrung übernehmen.⁹

Die Ausgaben für FuE in Deutschland von 2,84 % des BIP (25 % mehr als in Frankreich und 44 % mehr als in Italien) lassen hier zu Lande mehr Innovationen zu. Allerdings können die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in allen drei Ländern nicht mit den Spitzenreitern (Israel, Finnland, Südkorea) mithalten.

Diese Unterschiede in der Forschungsinintensität schlagen sich bei der Anmeldung von Patenten nieder: In Deutschland wurden im Jahr 2010 pro Million Einwohner 75 % mehr Patente angemeldet als in Frankreich und mehr als fünfmal so viele wie in Italien (siehe Tabelle 1).

Das Endergebnis

Die von der EU Kommission geschätzten Potenzialwachstumsraten messen, wie schnell ein Land bei gleichmäßiger Kapazitätsauslastung langfristig wachsen kann. Das Potenzialwachstum für die nächsten Jahre dürfte für Deutschland 1,5 %, Frankreich 1,0 % und für Italien etwa -0,1 % betragen. Je geringer diese Wachstumsrate, desto schwächer ist höchstwahrscheinlich auch die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, und desto dringender ist der Bedarf an wachstumsfördernden Strukturreformen.

Fazit: Was ist zu tun?

Aus der Zusammenschau dieser Indikatoren wird klar, dass der dringendste Handlungsbedarf für die drei Staaten an

unterschiedlicher Stelle besteht. Während Frankreich und Italien Maßnahmen ergreifen sollten, um sofort für eine Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, kann sich Deutschland stärker auf die Sicherung seiner künftigen Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren.

Die dringendste Aufgabe für Frankreich ist eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, um so die Erwerbsquote zu steigern und das Wachstum der Lohnstückkosten zu begrenzen. Unter anderem könnte dabei eine Liberalisierung des Dienstleistungssektors hilfreich sein. Eine mittelfristige Senkung der hohen Staatsquote kann ebenfalls einen Beitrag leisten, ohne dass dadurch die Qualität der französischen Institutionen leiden müsste. Langfristig hat Frankreich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dank seines höheren Bevölkerungswachstums mehr Spielraum. Dieser sollte zur weiteren Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung genutzt werden und zur Förderung von tertiären Bildungsabschlüssen.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts ist auch für Italien eine Aufgabe. Hinzu kommen der Abbau von Regulierung und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung, besonders im Justizsystem. Für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit sind Verbesserungen im Bildungssystem, vor allem bei der Vermittlung von grundlegenden Kompetenzen, von besonderer Bedeutung, gefolgt von einer Förderung der tertiären Bildungsabschlüsse. Ein deutlicher Anstieg der Forschungs- und Entwicklungsausgaben würde die Innovationsfähigkeit Italiens stärken, was angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung ebenfalls wünschenswert ist. Durch diese zielgerichteten Ausgaben dürfte auch die Arbeitsproduktivität in Italien steigen.

In Deutschland ist insbesondere die künftige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, vor allem vor dem Hintergrund der im Vergleich zu den anderen Staaten noch schlechteren demografischen Entwicklung. Wichtige Ansatzpunkte sind die geringen Infrastrukturinvestitionen, nicht nur bei der Transportinfrastruktur, bei denen großer Nachholbedarf besteht. Auch liegt Deutschland noch immer

unter dem EU-Ziel von Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 3 % des BIP. Sowohl bei grundlegenden Kompetenzen als auch bei den Hochschulabschlüssen kann Deutschland noch zur OECD-Spitze aufschließen. Deutschland kann vom französischen Nachbarn lernen, wie man als Standort für ausländische Direktinvestitionen und zur Familiengründung attraktiver wird. Hierzu gehören nicht zuletzt ein Ausbau der Kinderbetreuung und eine Senkung der unfreiwilligen Teilzeitquote hin zu mehr Vollzeitbeschäftigung. Grundsätzlich ist zum Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse eine Stärkung der Inlandsnachfrage sinnvoll, wobei vor allem höhere Investitionen wünschenswert sind.

Etwas stärkere Reallohnsteigerungen in Deutschland würden auch zum Ausgleich der makroökonomischen Ungleichgewichte in der Eurozone beitragen. Der größte Teil der Lohnanpassung dürfte jedoch in Italien und Frankreich erfolgen, durch flexiblere Lohnfindungsprozesse und einen Rückgang der Lohnstückkosten, bis diese wieder in Einklang mit der Arbeitsproduktivität stehen. Kurzfristig ist diese Anpassung allerdings sehr schmerzhaft und bremst die Konjunktur.

Da die nötigen Anpassungsmaßnahmen in Frankreich und Italien auch zulasten der Arbeitseinkünfte gehen, fällt auf absehbare Zeit der private Konsum als Wachstumslokomotive aus. Hohe Zinsen und schwache Banken bremsen zudem die Investitionen. Dies führt in Italien bereits zu einer Rezession und auch in Frankreich ist dieses Jahr kein Wachstum zu erwarten.

Angesichts der ohnehin hohen Staatsquote sind zusätzliche Ausgaben schwierig, sodass durch eine effizientere Verteilung der Mittel Produktivitätssteigerungen unterstützt werden sollten. Ein Abbau der Staatsquote im derzeitigen konjunkturellen Umfeld kann angesichts der Entspannung an den Kapitalmärkten sehr maßvoll erfolgen, um die Inlandsnachfrage nicht noch zusätzlich zu belasten. Je tiefer die Inflationsrate fällt, desto vorsichtiger sollte Europa mit weiteren Kürzungen sein.

Strukturreformen sollten zügig in Angriff genommen werden, um der Privatwirt-

schaft wieder die nötige Planungssicherheit zu bringen. Da Frankreich keine akuten Ungleichgewichte zu beseitigen

hat und Italien einen Primärüberschuss im Staatshaushalt ausweist, kann die Umsetzung über einige Zeit erfolgen. ■

¹ Vgl. Krugman, Paul (1994), „Competitiveness – A Dangerous Obsession“, Foreign Affairs, Vol. 73, No. 2 (March / April 1994).

² Im jährlich erscheinenden Global Competitiveness Report.

³ Dabei sollte man bedenken, dass die Staatsausgabenquote nur bei gleichen Sozialsystemen wirklich vergleichbar ist, da Unterschiede bei den staatlich gewährten Sozialleistungen direkten Einfluss auf die Ausgabenquote haben, aber unabhängig von der Qualität der Institutionen sind.

⁴ Vgl. Eurostat (2013), „Im Jahr 2011 arbeiteten fast ein Drittel der Frauen und 5 % der Männer mit Kleinkind in Teilzeit“ Pressemeldung 37/2013, 7. März 2013, URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-07032013-AP/DE/3-07032013-AP-DE.PDF

⁵ Dazu gehören Investitionen in Straßen, Schienen, Wasserstraßen, Häfen und Flughäfen.

⁶ Vgl. Zeuner, Dr. Jörg (2013), Zukunft braucht Investitionen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 21, KfW Economic Research.

⁷ Die PISA-Ergebnisse sind so skaliert, dass 500 Punkte den OECD-Durchschnitt angeben (mit einer Standardabweichung von 100 Punkten). Ein Wert über 500 steht also für überdurchschnittliche, ein Wert unter 500 für unterdurchschnittliche Leistungen. Ein Abstand von 30–35 Punkten entspricht einer Jahrgangsstufe.

⁸ Dabei sollte man allerdings berücksichtigen, dass die Definition eines tertiären Bildungsabschlusses von Staat zu Staat unterschiedlich ist, und auch von der OECD nicht vereinheitlicht wird.

⁹ Vgl. Brutscher, Dr. Philipp und Dr. Michael Schwartz (2013), Learn To Succeed: Wie der Mittelstand vom internationalen Ideenaustausch profitiert, Fokus Volkswirtschaft Nr. 20, KfW Economic Research.